

Forschungspolitik*

CHRISTIAN FISCHER-DIESKAU

Für die EG-Forschung brachte das Jahr 1981 eine Reihe tiefgreifender Änderungen personeller, organisatorischer und inhaltlicher Art.

Personelle und organisatorische Veränderungen 1981

Als die von den Regierungen der Mitgliedstaaten für die Zeit vom 6.1.1981 bis 5.1.1985 neuernannten 14 EG-Kommissionsmitglieder am 6. Januar zur Beratung über die Geschäftsverteilung zusammentraten, wurde für den Forschungsbereich eine an den Forschungsthemen orientierte Zuständigkeitszuweisung beschlossen. Die Energieforschung wurde dem für die Industrie- und Energiepolitik zuständigen Vizepräsidenten der Kommission, Graf Etienne Davignon, die nukleare Sicherheitsforschung und die Umweltforschung dem für den Binnenmarkt und die Umweltpolitik zuständigen deutschen Kommissionsmitglied Dr. Karl Heinz Narjes und die medizinische sowie die Sozialforschung dem für die Sozial- und Gesundheitspolitik zuständigen Kommissionsmitglied Ivor Richard zugewiesen.

Auch wenn bei dieser Zuständigkeitsverteilung sichtlich die Auffassung von Forschung als einem Instrument der jeweiligen Sachpolitik Pate stand, so blieb dennoch die bisherige, am Grundsatz eines eigenständigen Forschungsressort ausgerichtete EG-Forschungsverwaltung erhalten. Die Verantwortung für die EG-Forschungsverwaltung wurde zusammen mit der Verantwortung für die inhaltliche Gesamtausrichtung der EG-Forschungspolitik Graf Davignon übertragen, der mit der Energieforschung ohnehin über den wesentlichen Anteil der EG-Forschungsprojekte verfügte.

Im Verlauf des Jahres hat sich gezeigt, daß die Idee einer eigenständigen Forschungspolitik durch die getroffene Zuständigkeitsregelung eher noch gestärkt wurde. Die unter der bisherigen Kommission durch die Personalunion zwischen Forschungs- und Energieressort bedingte Ausrichtung auf die Belange der Energieversorgung hat sich spürbar verringert. Die Auffassung von der eigenständigen, grundsätzlich alle Politikbereiche umfassenden Aufgabenstellung der Forschung hat sich wieder weitgehend durchgesetzt.

Eine weitere Zäsur brachte das Jahr 1981 mit dem Ausscheiden von Dr. Günter Schuster, dem langjährigen Generaldirektor der Generaldirektion

* Dieser Artikel bringt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors zum Ausdruck.

„Wissenschaft, Forschung und Entwicklung“ aus den Diensten der Kommission. Unter seiner Ägide wurde das Konzept einer über die Euratom und EGKS-Verträge hinausgehenden, auf Artikel 235 des EWG-Vertrages gestützten umfassenden Forschungstätigkeit der Gemeinschaft ausgearbeitet und durch eine Reihe nichtnuklearer Forschungsprogramme verwirklicht. Das erste gemeinsame Großforschungsprojekt der Fusionsforschung, der Bau des Joint European Torus (JET) in Culham, ist ebenso mit seinem Namen verbunden wie die Gründung der Europäischen Wissenschaftsstiftung oder die Einsetzung des der Abstimmung mit den nationalen Forschungspolitiken dienenden Ausschusses für wissenschaftliche und technische Forschung.

Nachfolger von Dr. Schuster wurde Professor Paolo Fasella, der bisher als Biochemiker an der Universität Rom lehrte und als Mitglied des Europäischen Ausschusses für Forschung und Entwicklung (CERD), des wichtigsten wissenschaftlichen Beratungsgremiums der EG-Kommission, die europäische Forschungsstruktur bereits genau kannte.

Von erheblicher Tragweite war neben diesen personellen Veränderungen des Jahres 1981 die Entscheidung der Kommission über eine Reorganisation der mit Forschungsaufgaben betrauten Kommissionsdienststellen. Die in der Gemeinsamen Forschungsstelle und ihren vier Forschungsanstalten Ispra (Italien), Geel (Belgien), Petten (Niederlande) und Karlsruhe durchgeführte Eigenforschung der EG war bisher von der für die Vertragsforschung und die Forschungsförderungsmaßnahmen zuständigen Generaldirektion „Wissenschaft, Forschung und Entwicklung“ organisatorisch getrennt. Wenn auch beide Dienststellen auf Kommissionsebene von einem Kommissionsmitglied koordiniert wurden, so war doch die organisatorische Trennung für die Entwicklung und Verwirklichung einer forschungspolitischen Gesamtkonzeption eher hinderlich; partikulare Interessen beider Dienststellen bargen das Risiko von Kompetenzkonflikten und Konkurrenzdenken. Mit dem Zusammenschluß beider Bereiche in einer einzigen Generaldirektion wurden die Voraussetzungen für einen flexiblen und möglichst effizienten Einsatz des Forschungspersonals und für ein einheitliches Erscheinungsbild der EG-Forschung geschaffen. Innerhalb dieser neuen Organisationsstruktur sorgt eine neugeschaffene Direktion unter dem Belgier Jean-Pierre Contzen für die wissenschaftliche und technische Koordinierung der in der gemeinsamen Forschungsstelle durchgeführten Eigenforschung mit der Vertragsforschung und den sonstigen Forschungsförderungsmaßnahmen.

Inhaltliche Veränderungen und Tätigkeiten 1981

Zur inhaltlichen Ausrichtung der EG-Forschung brachte das Jahr 1981 Entscheidungen des EG-Ministerrats über neue Mehrjahres-Forschungsprogramme auf den Gebieten Umweltforschung, wissenschaftliche und technische Ausbildung, Molekularbiologie und Textilforschung. Das am 3.3.1981¹ verabschiedete Umweltforschungsprogramm für die Jahre 1981–1985 ist mit 42 Mio.

ECU (1 ECU = 2,44 DM) ausgestattet und umfaßt neben Forschungsarbeiten zum Umweltschutz auch Projekte auf dem Gebiet der Klimaforschung.

Das am 17.3.1981² gebilligte Stipendienprogramm für wissenschaftliche und technische Ausbildung läuft bis 1984 und hat ein finanzielles Gesamtvolumen von 8,8 Mio. ECU.

Am 7.12.1981³ wurde ein vorläufig mit 8 Mio. ECU ausgestattetes Forschungsprogramm für die Jahre 1982–1985 auf dem Gebiet der molekularbiologischen Technologie verabschiedet.

Schließlich erging am 15.12.1981⁴ die Ratsentscheidung über ein mit 3,9 Mio. ECU dotiertes Dreijahresprogramm zur Unterstützung technologischer Forschungsarbeiten im Textil- und Bekleidungssektor.

Auf den Forschungsgebieten der thermonuklearen Fusion, der Rohstoffe, der Landwirtschaft und Medizin in den Entwicklungsländern sowie der Medizin und des Gesundheitsschutzes wurden von der Kommission 1981 Vorschläge für neue Programme oder für Anschlußprogramme entwickelt und dem EG-Parlament sowie dem EG-Ministerrat zugeleitet.

Das bei weitem ehrgeizigste Vorhaben gilt jedoch der thermonuklearen Fusionsforschung. Der Programmvorschlag vom 17. Juli 1981⁵ geht für die Jahre 1982–1986 von Gesamtausgaben in Höhe von 1,5 Mrd. ECU aus, davon über 600 Mio. ECU zu Lasten des EG-Haushaltes.

Als ein erster Schritt in Richtung auf eine breite forschungspolitische Kooperation mit den Entwicklungsländern ist ein von der Kommission am 4. Mai 1981⁶ vorgelegter Vorschlag für ein Forschungsprogramm auf den Gebieten der tropischen Landwirtschaft und der Tropenmedizin gedacht. Dieses zunächst auf vier Jahre befristete Programm soll die Möglichkeit eröffnen, mit EG-Finanzmitteln in Höhe von etwa 40 Mio. ECU das in der Gemeinschaft vorhandene wissenschaftliche Potential für die Belange der Entwicklungsländer einzusetzen.

Neben diesen Einzelvorschlägen hat die Kommission am 14. Oktober 1981 mit der Vorlage einer forschungspolitischen Gesamtstrategie für die achtziger Jahre⁷ ihre Vorstellungen für die künftige Ausrichtung der EG-Forschungspolitik dargelegt. Eine erste Diskussion der EG-Forschungsminister am 9. November 1981 und erste Reaktionen aus Kreisen des Europäischen Parlaments lassen eine breite Zustimmung zu der von der Kommission vorgelegten Analyse und den daraus abgeleiteten Zielvorstellungen erkennen.

Wichtiges Vorhaben dieser Strategie ist die Erstellung eines Rahmenprogramms, das alle gemeinschaftlichen Forschungsarbeiten umfassen, die Auswahl zwischen einzelstaatlichen, internationalen und Gemeinschaftsaktionen erleichtern sowie eine raschere Anpassung der Forschung an mittel- oder langfristige veränderte Umstände erlauben soll. Die Kommissionsvorlage ist also nicht nur als ein Rahmen für die eigenen Forschungsaktionen der EG gedacht, sondern sie bezieht auch die einzelstaatliche Forschung mit in ihre Überlegungen ein.

Der EG-Forschungshaushalt beläuft sich derzeit auf jährlich etwa 300 Mio. ECU; nahezu 75% dieser Summe sind für Forschungsarbeiten im Energiebereich bestimmt; etwa 25% kommen anderen Bereichen wie etwa der Umwelt- und der Rohstoffforschung oder bestimmten Industriesektoren zugute. Eine gemeinsame Anstrengung, die den Herausforderungen der kommenden Jahre gerecht werden soll, setzt jedoch eine Verdoppelung der Finanzmasse voraus. Die Kommission beabsichtigt, dieses Ziel sowohl durch Umschichtung innerhalb des Gemeinschaftshaushalts wie auch durch die Beantragung zusätzlicher Mittel zu erreichen.

Zwar verfügen die Mitgliedstaaten – wie die folgende Tabelle zeigt – über ein großes Forschungspotential:

Jahr 1980

| Land | Gesamt- forschungs- aufwendung* (in Mio. ECU) | Öffentliche Ausgaben für FuE (in Mio. ECU) | Forschungs- ausgaben PIB (in %) | Gesamtzahl der Beschäf- tigten | Forscher und Ingenieure | Bevölkerung |
|-------|--|---|--|--------------------------------------|-------------------------------|-------------|
| EUR-9 | 39 500 | 19 405 | 2,0 | 1 100 000 | 370 000 | 260 M |
| Japan | 15 160 | 6 560 | 2,0 | 619 000 | 363 000 | 113 M |
| USA | 43 370 | 22 030 | 2,3 | 1 520 000 | 659 000 | 230 M |

* Brutto-Inlandsaufwendungen für FuE.

Dennoch ist die Forschung in Europa insgesamt nicht in der Lage, die europäische Industrie in ihrem weltweiten Wettbewerb hinreichend zu unterstützen.

Schwächen der europäischen Forschung sind die Folge

- einer zu langsamen Anpassung der Organisationsstrukturen der öffentlichen Forschung an einen sich wandelnden Bedarf,
- einer zu weitgehenden Überschneidung und damit Aufsplitterung der öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen,
- ungenügender Voraussetzungen für die Entfaltung multidisziplinärer Forschung und für die Umsetzung von Ergebnissen sowohl der Grundlagenforschung wie auch der angewandten Forschung in praktische Anwendungsbereiche.

In diesem Zusammenhang weist die Kommission auf die beunruhigende Tatsache hin, daß bereits heute einige große Industrieunternehmen dazu übergehen, die erforderliche Grundlagenforschung außerhalb Europas durchzuführen.

Alternative Energiequellen, Biologie, Informationsverarbeitung, Nachrichtenwesen, Automatisierung, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bestimmter, unter Schwierigkeiten leidender, traditioneller Industriebereiche (Stahl, Textil): Die zu diesen Themen bereits vorhandenen EG-Forschungsprogramme sollten nach dem Willen der Kommission ausgebaut und verstärkt werden. Darüber hinaus sieht die Kommission in den Themen Landwirtschaft, strategi-

sche Industriebereiche (z.B. Chemie, Automobil), Entwicklungsländer künftige Schwerpunktbereiche der EG-Forschung.

Hinsichtlich der Forschungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten hält die Kommission eine Unterstützung und Koordinierung durch die EG vor allem in solchen Bereichen für geboten, die für die Gemeinschaft insgesamt von Interesse und von Nutzen sind. Öffentliche, halböffentliche oder private Laboratorien in der Gemeinschaft, die solche Forschungsprogramme entwickeln und durchführen können, sollten gefördert werden. Ziel jedweder EG-Maßnahme sollte es sein, die einzelstaatlichen Tätigkeiten zu stärken, zu erweitern und zu koordinieren.

Für die in der Gemeinsamen Forschungsstelle der EG zusammengefaßten Forschungsanstalten sieht die Kommission vor allem folgende Tätigkeitsfelder:

- In der Kernforschung Konzentration auf vordringliche Bereiche wie die Reaktorsicherheit, die Behandlung von radioaktiven Abfallstoffen oder die Überwachung von spaltbarem Material,
- bei langfristigen Forschungsthemen Konzentration auf solche Bereiche, in denen die Gemeinsame Forschungsstelle eine besondere Qualifikation besitzt, wie z.B. in der Fusionstechnologie,
- Öffnung der Forschungsanstalt Ispra für Forschungsarbeiten zugunsten der Entwicklungsländer,
- Übernahme von Forschungsaufträgen aus der Industrie oder von anderen Auftraggebern.

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Gesamtstrategie der Kommission ist es, die Forschung insgesamt wieder attraktiver zu machen und hierfür den europäischen Rahmen zu nutzen. Dies gilt etwa für Maßnahmen der Freizügigkeit des Forschungspersonals oder des Austausches wissenschaftlicher Informationen und Veröffentlichungen. Dazu gehört auch die Finanzierung spezifischer Forschungsvorhaben, die sich nicht in den Rahmen bestehender nationaler oder gemeinschaftlicher Forschungsprogramme einfügen lassen.

Gerade in einer Periode rückläufiger öffentlicher Haushaltsmittel ermöglicht die europäische Ebene eine bessere Prioritäten- und Schwerpunktbestimmung. Das gilt auch für die Aussicht auf eine konstante Entwicklung von Wissenschaft und Forschung auf einer breiteren Basis von Ergebnissen und Wahlmöglichkeiten und ein stärkeres Engagement der Wissenschaftler durch mehr Mobilitätschancen und schnelleren Zugang zu neuen Erkenntnissen.

Anmerkungen

- 1 ABl. der EG, L 101 vom 11.4.1981.
- 2 ABl. der EG, L 101 vom 11.4.1981.
- 3 ABl. der EG, L 375 vom 30.12.1981.

- 4 ABl. der EG, L 367 vom 23.12.1981.
- 5 Dok. KOM (81) 357 endg. vom 17.7.1981.
- 6 Dok. KOM (81) 212 endg. vom 4.5.1981.
- 7 Dok. KOM (81) 574 endg. vom 14.10.1981.

Weiterführende Literatur

Öffentliche Aufwendungen für Forschung und Entwicklung 1970–1980, Luxemburg: Statistisches Amt der EG 1981, 189 S.

Organisation und Management in der Forschung und Entwicklung der Gemeinschaft. Studie, Brüssel: Generalsekretariat des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG 1980, 166 S.

Vorschlag für einen Beschluß des Rates über ein sektorielles Forschungs- und Entwicklungsprogramm der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Bereich der Forschung in Medizin

und Gesundheitswesen – konzertierte Aktion – (1982–1986), Brüssel: Kommission der EG 1981, Dok. KOM (81) 517 endg.

Vorschlag für ein Forschungs- und Ausbildungsprogramm (1982–1986) der Europäischen Atomgemeinschaft auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion, Brüssel: Kommission der EG, 17.7.1981, KOM (81) 357 endg., 73 S.

Wissenschaftliche und technische Forschung der Europäischen Gemeinschaften. Vorschläge für die achtziger Jahre, Brüssel: Kommission der EG, 14. Oktober 1981, 20 S.